

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Nr. 1,50, monatlich 55 Pf. Postzeitungskarte Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Sonabend, den 12. Februar 1898.

5. Jahrgang.

Hierin eine Beilage

Entscheidung und Scheidung.

SATZ. Nunmehr hat auch im Reichstage die große kolonialpolitische Debatte stattgefunden, und sie hat außer halb jeden Zweifels gestellt, was freilich schon vorher kaum noch zu bezweifeln war: daß der Reichstag die Besetzung von Kiao-Tschau billigt! Ist erst also! Es erfolgte zwar noch keine Abstimmung, aber die Parteien haben sich durch ihre vorgelegten Erklärungen festgelegt. Die Regierung hat eine parlamentarische Basis gewonnen nicht nur für ihre Chinapolitik, sondern für ihre kolonialpolitische Expansionspolitik überhaupt: denn was jetzt von Kiao-Tschau gilt — alle handelspolitischen Interessen, die dabei in Betracht kommen —, das wird nächstens auch von einer Hafenerwerbung in Kleinasien oder am persischen Golf gelten.

Aber die Entscheidung, die so ausfiel, wie man allgemein erwartet hatte, brachte auch eine Scheidung mit sich, und diese ist es, die von der größten politischen Bedeutung ist, denn sie wird die ganze kommende Entwicklung beherrschen. Die Scheidung vollzog sich in der gleichen Richtung, in welcher der deutsche Reichstag seit den ersten Tagen seiner Existenz gespalten ist: auf der einen Seite sämtliche bürgerliche Parteien, auf der andern allein die sozialrevolutionäre Sozialdemokratie. Nicht nur die Konservativen und die Nationalliberalen, nicht nur die Freisinnige Vereinigung, sondern auch das Zentrum erkannte die Vorfahrt der Regierung öffentlich seinen Dank aus, und selbst Herr Eugen Richter hielt es für angebracht, Namens der Freisinnigen Volkspartei die grundsätzliche Zustimmung zum Erwerb von Kiao-Tschau zu erklären.

Die bürgerlichen Parteien standen wieder einmal, was so selten zutrifft, einig da. Und das war durchaus logisch. Der europäische Kapitalismus ist soweit auf dem Wege zu seinem Untergang fortgeschritten, daß er ohne Kolonien ebensowenig existieren kann, wie ohne Militarismus. Alle, welche für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung eintreten, mögen sie im Einzelnen noch so sehr an ihr herumzukritisieren haben, also eben die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der Schattierungen, handelten deshalb durchaus konsequent, indem sie sich in der Kolonialfrage zusammenfanden. Sie haben eben dadurch nur das politische Zeugnis abgelegt für die wissenschaftlich längst bekannte Tatsache, daß auch in Deutschland die kapitalistische Produktionsform die von ihr selbst entwickelten Produktivkräfte nicht mehr bewältigen kann und eines Abflusses für die Waarenmassen bedarf, soll sie nicht gesprengt werden. „Schafft uns einen Markt — in China, in Afrika, in Brasilien, am Nordpol, wo ihr wollt, für wen ihr wollt — chinesische Bauern, oder halbwilde Nomaden, Kattun, Branntwein, Opium oder Fischthran, uns gleich — unter welchen Bedingungen auch, koste es, was es will, und sei es auch noch so weit — je weiter, desto besser — aber schafft uns einen Markt, schafft uns Absatz, schafft uns Kolonien, — oder wir brechen zusammen, wir falliren, wir gehen zu Grunde!“ So ertönt es aus allen Ecken und Enden in Deutschlands Handel und Industrie, hinter den Ladentischen, in den Fabrikatoren, auf der Börse, in den Eisenbahn-Koupees erster Klasse und in den langen Spalten der kapitalistischen Zeitungen. Und die Regierung wird sich ihrer Rolle als die Vertreterin des kapitalistischen Staates bewußt, greift hinaus und ergreift, was eben zu ergreifen war. Der „Kolonialerwerb“ ist da. Und der Reichstag wird sich seiner Bedeutung als kapitalistisches Parlament bewußt und billigt die „vollendete Tatsache“. Das ist alles in der Ordnung der Dinge.

Aber aus den gleichen Gründen wäre es seitens der sozialrevolutionären Sozialdemokratie höchst unkonsequent, ja der Selbstvernichtung gleich, wollte sie der Kolonialpolitik zustimmen. Daß die kapitalistische Gesellschaft ohne den kolonialen Absatz nicht mehr existieren kann, daß sie einen derartigen Ueberfluß an Waaren erzeugt, während die Volksmassen darben, das gerade ist für sie nicht nur ein Ansporn,

diese Gesellschaftsordnung zu bekämpfen, sondern auch der Beweis, daß ihre eigene Produktionsentwicklung sie dem Untergange weicht. Sie erklärt: nicht in dem Mangel an Kolonien, um die Marktüberfüllung zu entlasten, liegt die Grundursache des Uebels, sondern in der ausbeuterischen kapitalistischen Produktionsweise, welche die Marktüberfüllung erzeugt und den Markt stets überfüllen muß, und wenn er noch so schnell sich ausdehnt! Beginnt denn die Ausdehnung des kapitalistischen Marktes erst heute? Wer weiß nicht, daß er in diesem Jahrhundert ungeheure Dimensionen erlangt und sich ganze Welttheile erschlossen hat? Aber hat das geholfen? Ist nicht der Markt immer wieder aufs neue „überfüllt“ worden? Also was hilft das? Jede Ausdehnung des Marktes schafft eine noch stärkere Anschwellung der Produktivkräfte, der Produktion, der Ueberproduktion, der unverkäuflichen Waarenmassen! Ihr klagt, das Haus sei überlastet und fürchtet den Zusammenbruch, aber was Ihr zum Fenster hinauswerft, das bringt Ihr durch die große Pforte doppelt und dreifach hinein! Und die Arbeiter sagen: Sollen wir uns deshalb weiter ausbeuten lassen, weil unsere Ausbeuter nicht mehr wissen, wo und wie sie das Ausgebeutete loswerden sollen?

Die bürgerlichen Parteien, die sich soeben in einer grundsätzlichen Frage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammenfanden, werden gleich, den Gesetzen der sozialen Berührung folgend, auseinandergehen. Den reinen Vortheil von der Kolonialpolitik hat nur das industrielle und das Geldkapital. Mit der Zeit wird sich der Gegensatz zeigen zwischen diesen und dem agrarischen Kapital, noch früher aber werden die bürgerlichen Mittelschichten, welche das Großkapital für einen Augenblick ins Schlepptau genommen hat, unter dem Druck der finanziellen Lasten gegen die Kolonialpolitik rebellieren. Die bürgerliche Opposition gegen die Kolonialpolitik wird sich also wieder erheben, ja sie existiert jetzt schon. Aber sie hat sich auch wiederum durch ihre grundsätzliche Zustimmung zur Kolonialpolitik die Möglichkeit entzogen zu einer klaren und entschiedenen Bekämpfung der Regierung. Sie hat keinen Boden unter den Füßen, sie hat sich selbst die Füße gebunden und kämpft liegend. Sie wird sich auf Einzelheiten werfen, sie wird an allem möglichen herumzuringeln wissen, keine Rechnung wird ihre volle Zustimmung finden, keine Handlung wird ihr gefallen, aber die Regierung wird immer auf all das mit Recht antworten können: Was wollt ihr? Wenn man Kolonialpolitik treibt, so muß man sich das auch was kosten lassen, so braucht man Kriegsschiffe, so braucht man dies und jenes, und halbbarbarische Völker können auch nicht nach modernen Rechtsbegriffen behandelt werden, und wäret ihr an unserer Stelle, ihr würdet es auch nicht anders machen.“ Kurz, wer A sagt, muß auch B sagen, und eine sittlich reine Ausbeutung von fremden Völkern, die obendrein noch nichts kostet, kann es ebenso wenig geben, wie Staatsausgaben ohne Steuern. Einzig die Sozialdemokratie, welche die Kolonialpolitik von vornherein und von A bis Z verwirft, beharrt auch hier auf jenem grundsätzlichen Boden des Kampfes gegen den kapitalistischen Staat als politische Vertretung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem sie ihre bisherige Machtentfaltung verdankt. Was vorkommt, sie trägt nicht die Schuld daran und zieht die Regierung und den gesamten Reichstag dafür zur Verantwortung. Sie verzichtet deshalb nicht auf eine Kritik der Einzelheiten, aber sie sind ihr nur die Begleiterscheinungen des Ganzen und sie nagelt gerade die kleinbürgerliche Opposition auf ihre grundsätzliche Haltlosigkeit fest. Sie verweigert jede einzelne Ausgabe, und wäre sie noch so gering, nicht nur ihrer selbst willen, sondern weil sie das Ganze verwirft — und niemand kann sie der Unkonsequenz zeihen — jeder momentane Erfolg ist ihr nur der Vorbote einer desto größeren Niederlage, die unbedingt eintreten muß, jede Niederlage ist von ihr bereits vorausgesehen, aus allem schlägt sie Kapital für sich, alles hilft ihr, die sozialrevolutionäre Erkenntnis der Massen zu steigern, und je mehr die Illusionen der Kolonialschwärmer durch die Entwicklung zerstört werden, je mehr die soziale Befreiung durch die Kolonialpolitik gefördert wird — und das alles muß eintreten —, um so mehr schwillt ihre Armee an, bis sie schließlich — über kurz oder lang, wir glauben, es wird sehr kurz sein — als Siegerin dasteht. Wie die Sozialdemokratie es verstanden hat,

die Sozialpolitik zu sozialrevolutionärer Agitationsmittel zu machen, so schlägt sie jetzt die gleiche Taktik in der Kolonialpolitik ein, die sich freilich ihrem ganzen Wesen nach noch vielmehr dazu eignet. Diese sozialrevolutionäre Agitation des klassenbewußten Proletariats wird die kapitalistische Produktionsform über den Haufen werfen, noch lange bevor die kapitalistische Industrie sämtliche Kolonialmärkte abgelaufen hat.

Politische Handlungen.

Deutschland.

Zur Flottenvorlage. Nicht ungelegen kommen den Offizieren, die sich per Ordre de Mouti für die Flottenvorlage entzusehen, die Ausführungen über Marineangelegenheiten, welche die „Deutsche Revue“ aus der Feder des englischen Admirals Colomb produziert. Dieser hebt u. A. Folgendes hervor: Die Taktik in einem bevorstehenden Seekriege läßt sich heute noch gar nicht voraussagen. Vor Allem deshalb, weil der Wettkampf zwischen Torpedo und Panzerschiff durchaus nicht abgeschlossen ist. Es handelt sich vor Allem darum — wie wir das auch vor Kurzem feststellten —, ob das Torpedoboot im Stande ist, trotz des Kanonenfeuers, vom Panzerschiffe bis zur Torpedolinie, d. h. bis zu der Linie, von welcher das Geschöß das Schiff erreichen kann, heranzukommen. In dieser Beziehung werden beständige Fortschritte gemacht, indem man die Schussreichweite des Torpedos und die Fahrgeschwindigkeit des Torpedobootes steigert, während andererseits unablässig an der Vervollkommnung der Schiffsgeschütze, besonders der Schnellfeuergeschütze gearbeitet wird. „Das Wesentliche — sagt Colomb — ist, daß diese Frage eine Lebensfrage für die Zukunft des Seekrieges ist, wir thätiglich aber noch gar nichts über sie wissen. Wir haben eine Ansicht, welche möglicherweise morgen durch Experimente in ihr Gegenheil verwandelt wird, so daß die Lage weit unbeständiger ist, als es den Anschein hat.“

Außerdem komme aber noch die Frage in Betracht, ob speziell für eine Flotte, deren Hauptaufgabe die Küstenverteidigung ist, eine größere Anzahl von schnellen Torpedobooten oder von großen Panzerschiffen sich mehr eigne. Als England vor 13 Jahren daran ging, seine Flotte auszubauen, da wurde sie derart angelegt, daß sie in jeder Beziehung, wie auch die Zukunft sich gestalten mochte, jeder anderen überlegen war. Ein solches Vorgehen nachzuahmen, wäre aber keinem anderen Staate möglich, der auch eine große Landarmee zu bezahlen habe. Wie die Sachen heute liegen, meint Colomb schließlich, würde er, wenn er die Verantwortung zu tragen hätte, sich wohl hüten, eine plötzliche Erweiterung der Flotte zu befürworten, weil man dann Gefahr läuft, daß in wenigen Jahren das geschaffene Kriegsmaterial als unbrauchbar sich erweist.“

Diesen sachmännischen Ausführungen wissen nun die Offiziere nichts anderes entgegenzusetzen, als die alberne Ausrede, der Engländer sage das absichtlich, um die gefährlichen Pläne der deutschen Admiralitäten zu hintertreiben. Nun berufen sie sich aber selber fortwährend auf die Autorität englischer und französischer Spezialisten, und, was das schlimmste für sie ist, in den sachmännischen deutschen Zeitschriften wurde genau dasselbe gesagt, was jetzt Colomb behauptet, — so lange man von den Plänen des Herrn Tirpitz nichts wußte.

Kiaotshau. Der in Siegburg erscheinende „Siegbote“ veröffentlicht einen Brief eines in China weilenden Siegburgers, in dem dieser die Ergebnisse einer Expedition schildert, der er angehört und die am 27. Novbr. v. J. einen mehrere Wochen dauernden Marsch in's Innere China's unternommen hatte. Die Expedition hatte mehrere Gefechte mit den Chinesen zu bestehen. Bei einem solchen Kampfe am Chin-Kan-Gebirge fiel ein chinesischer Offizier sowie eine Anzahl chinesischer Soldaten, andere wurden gefangen genommen, worauf der Rest die Flucht in das Gebirge ergriff. Ein Dorf wurde vollständig umzingelt und das feindliche Lager zerstört. Am 4. Dezember kam die Expedition in Kiaotshau, wo sie drei Tage verweilte. Der Brieftreiber bezeichnet die Lage der Soldaten als sehr gefährlich. Letztere nehmen Nachts die geladenen Revolver mit in die Hängematte und verbringen die meisten Nächte auf den Vorwällen, weil sie jederzeit auf einen Ueberfall vorbereitet sein müssen.

Das sind ja recht auffällige Mittheilungen. Von derartigen Gefechten war bisher keine Rede. Man kann

aber doch nicht annehmen, daß der Brieffschreiber sich seine Erzählung aus den Fingern gelogen habe.

Die lex Arons im preussischen Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus stand am Montag der Gesetzentwurf betr. die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten wie die Regierung euphemistisch das Maulkorbgesetz nennt zur Verathung. Die dem Kultusminister Vosse zugefallene Aufgabe, das Gesetz zu begründen, war keine leichte. Wer die Vorgeschichte der lex Arons kennt, der weiß, daß Herr Vosse nur ungern zur Einbringung des Vortrages entschlossen hat. Aber dem Andrängen des Königs Gemüths hätte auch ein stärkerer Mann als der preussische Kultusminister auf die Dauer keinen Widerstand leisten können, und seitdem der Allgewaltige bei der vorjährigen Etatsverathung im Herrenhause bereits seine allerhöchste Mißbilligung über Herrn Vosse ausgesprochen hatte, blieb diesem offenbar nichts anderes übrig als sich zu fügen. In der Rede, mit der Vosse die große Aktion anleitete, vermied er es, des Falles Arons auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Er beschränkte sich darauf, die an den verschiedenen Landesuniversitäten bestehende Rechtsungleichheit zu schildern und versuchte nach berühmten Muster den Beweis zu führen, daß das Knebelgesetz eigentlich eine Wohlthat für die Privatdozenten sei, deren wichtigstes Recht auf dem Spiele stünde, wenn nicht der bisherige Zustand geändert würde. Selbstredend fehlten auch die üblichen Phrasen nicht, daß die Regierung die „Freiheit der Wissenschaft“ nicht antasten, daß sie keine Gesinnungszerfahrenheit üben und überhaupt den wissenschaftlichen Bestrebungen keine Fesseln auferlegen wolle. Auf den Fall Arons kam der Kultusminister erst im Laufe der Debatte zu sprechen. Der Fall Arons, so führte Dr. Vosse aus, stände mit der Vorlage in keinem Zusammenhang; er sei auch nicht der „Grund“, sondern nur die „Ursache“ des Entwurfs — ein Unterschied, dessen sich wohl Dr. Vosse selbst kaum bewußt ist, und der die Heiterkeit des Hauses entfestete. Er persönlich, so fuhr der Minister fort, habe niemals daran gezweifelt, das ein Mann wie Dr. Arons nicht auf den Schranken der Unversität gehöre, denn die Universitätslehrer hätten nicht nur die Pflicht, die Jugend wissenschaftlich zu fördern, sondern auch den monarchischen Geist in der akademischen Jugend zu hegen und zu pflegen! Wie Dr. Arons dies bei seinen mathematischen und physikalischen Vorlesungen thun soll, darüber äußerte sich der Kultusminister leider nicht. Einzig bestehend in der parlamentarischen Geschichte und selbst für einen preussischen Minister etwas Unehörbares ist jedoch das Geständniß des Ministers, er werde, sobald die Vorlage Gesetz geworden, zunächst gegen Dr. Arons einschreiten. Man vergleiche damit seine Aeußerung, daß die Vorlage mit dem Falle Arons nichts zu thun habe; dann wird man sich eine ungefähre Vorstellung machen können von der Geschicklichkeit, mit der Dr. Vosse seine Aufgabe erledigte. Allerdings kommt es, wenn man lediglich die Frage in Betracht zieht, ob die Vorlage angenommen wird oder nicht, auf die Geschicklichkeit der Regierung wenig an, denn die Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß der vorläufige einer Kommission überwiesene Entwurf mit großer Mehrheit zum Gesetz erhoben wird.

Die „Reform“ der Militärstrafgerichtsordnung. Die Reichstagskommission für die Militärstrafgerichtsordnung hat die erste Lesung des Entwurfs beendet. Es ging damit schneller, als erwartet worden, obwohl nicht weniger als ca. 200 Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu erledigen waren, die zum größten Theil auf wichtige prinzipielle Fragen sich bezogen. An Bemühungen, den Entwurf zu verbessern, hat es nicht gefehlt, aber das Resultat ist leider kein befriedigendes. Von vornherein ließen die Regierungsvertreter, welche in einer Stärke von vierzehn Mann an den Beratungen theilnahmen, nicht den geringsten Zweifel darüber, daß man an „maßgebender Stelle“ entschlossen ist, in allen Punkten von grundsätzlicher Bedeutung nicht über die den Entwurf gezogenen Grenzen hinauszugehen. Jedem Versuche, diese Grenzen weiter zu ziehen, setzten die Regierungsvertreter die blüthige Erklärung entgegen, daß die Annahme der betreffenden Forderungen gleichbedeutend sein werde, mit dem Scheitern des Entwurfs. Wir dürfen wohl sagen, daß das vielberufene militärische Interesse den Sieg davon getragen hat über die Grundsätze, welche vom Rechts- und Gerechtigkeitsstandpunkte aus gegen so viele Bestimmungen des Entwurfs geltend zu machen sind. In erster Linie müssen diejenigen Bemühungen, welche darauf gerichtet sind, die Militärgerichtsbarkeit auf Personen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, sowie auf militärische Reate zu beschränken, als völlig aussichtslos bezeichnet werden. Die verbündeten Regierungen haben keinerlei Konzessionen in dieser Hinsicht gemacht; es bleibt im Wesentlichen bei den bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs. Ebenso hat der zweite Titel des ersten Theiles „Ausübung der Militärstrafgerichtsbarkeit“ nennenswerthe Abänderungen bezw. Verbesserungen nicht erfahren.

Die Entscheidung der wichtigen Frage, betreffend die Errichtung eines Obersten Landesmilitärgerichts in Bayern, ist bis zur Erledigung des Einführungsgesetzes zurückgestellt worden. Da die verbündeten Regierungen der Kommission erklären ließen, daß sie den Anspruch Bayerns auf ein solches Gericht anerkennen, so wird es sich lediglich noch um die Form desselben handeln. Man hofft, daß der Entscheidung dieser Frage große Schwierigkeiten nicht entgegenstehen. Zwischen Zentrumsführern und Regierung haben diesbezügliche vertrauliche Besprechungen stattgefunden.

Das Verfahren ist in einigen Punkten vereinfacht bezw. verbessert worden; aber Alles in Allem bleibt hinsichtlich der Rechtsicherheit noch viel zu wünschen übrig. Das gilt besonders vom Ermittlungsverfahren, dem Hauptverfahren, für das thatsächlich nur eine beschränkte Oeffentlichkeit gewährt wird, sowie an der Vertheidigung. Letztere bleibt beschränkt in dem Maße, wie der Entwurf es vorgeseht. In mehr, die Regierungsvertreter haben kein Bedenken gemacht, daß für die Militärbehörden das Recht in Anspruch genommen wird, sich Rechtsanwältinnen, die ihr zur Vertheidigung vor den Kriegsgerichten geeignet erscheinen, auszusuchen. Weshalb? Weil man befürchtet, sozialdemokratische Anwälte könnten vor den Militärgerichten das herrschende militärische System zum Gegenstand „aufreizender Kritik“ machen. Der preussische Kriegsminister hat dieser Befürchtung sehr deutlich Ausdruck gegeben. Abgesehen davon haben die Kommissionsverhandlungen gezeigt, daß man in den leitenden militärischen Kreisen eifrig bestrebt ist, das „Eindringen“ des bürgerlichen Elements in die Militärgerichtsbarkeit nach Möglichkeit zu verhindern. Selbst die Militärjuristen kommen nur als ein Anhängsel der aus Offizieren gebildeten Gerichte in Betracht; von entscheidender Bedeutung für das Verfahren sind sie nicht; sie fungieren eigentlich nur als juristische Rathgeber in juristisch schwierigen Fällen. Ueberall ist den rein militärischen Interessen, selbst denen des militärischen Dienstes, in weitgehendem Maße Rechnung getragen, nach unserer Uebersetzung häufig in starkem Widerspruch mit dem Prinzip der Rechtsicherheit.

Das Resultat der ersten Lesung dürfte in der zweiten wohl lediglich seine Bestätigung finden. Es erscheint ganz ausgeschlossen, in wichtigen grundsätzlichen Fragen bessere Beschlüsse, als die gefaßten, herbeizuführen.

England.

Die englische Thronrede. Die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments bezeichnet die Beziehungen zum Auslande als freundliche und erwähnt sodann den Abschluß des Friedensvertrages zwischen der Türkei und Griechenland, durch den die territorialen Beziehungen der beiden Mächte im Ganzen unverändert geblieben sind. Dann heißt es weiter: Die Schwierigkeiten, zu einem einstimmigen Abkommen zu gelangen in einigen Punkten der Frage der autonomen Regierung Kreta's, hat die Erwägungen der Mächte angeblich in die Länge gezogen; ich hoffe aber, daß diese Schwierigkeiten bald überwunden werden. Es ist die aufscheinend vertrauenswürdigste Nachricht eingegangen, daß der Kalif beabsichtige, gegen die ägyptische Armee im Sudan vorzurücken. Deshalb ist den betreffenden britischen Truppen die Weisung zugegangen, nach Verber zur Unterstützung des Rhehive abzugehen. Mit Abyssinien ist ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen worden. Ich hoffe, daß die Konferenz für die Frage der Zuckerprämien das Ergebnis hat, daß die Zuckerprämien von den kontinentalen Staaten abgesetzt werden. Mittlerweile sollen dem Parlament Maßnahmen vorgeschlagen werden, um der unmittelbaren Nothlage der westindischen Kolonien abzuhelfen und den Produzenten über die gegenwärtige Krise hinwegzuhelfen. Der organisierte Ausbruch des Fanatismus unter den Stämmen an der nordwestlichen Grenze Indiens im letzten Sommer hatte die Regierung gezwungen, Expeditionen zur Bestrafung der Stämme anzuschicken. Der Muth und die Ausdauer der britischen und eingeborenen Truppen hat die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die jener Theil des Landes darbietet, besiegt, jedoch beklagt die Königin den Verlust so vieler kostbarer Menschenleben. Die Wiederyunahme der Pest im westlichen Indien verursacht Besorgnisse, aber die Regierung macht alle Anstrengungen, um die Ausbreitung der Seuche zu begrenzen und ihre Wirkungen zu mildern. Die Hungersnoth in Indien hat mit Ausnahme einiger kleiner Bezirke von Madras aufgehört. Angesichts der enormen von anderen Nationen unterhaltenen Rüstungen wird die Pflicht der Vertheidigung des Reiches Ausgaben mit sich bringen, die über frühere Aufwendungen hinausgehen. Es werden demgemäß Anträge zur Vermehrung der Stärke und Leistungsfähigkeit der Armee und zur Verbesserung der Verhältnisse des militärischen Dienstes eingebracht werden, desgleichen Maßnahmen zur Einführung einer lokalen Regierung in Irland, ähnlich dem, was in dieser Hinsicht in England besteht, sowie endlich Anträge auf Einführung von Gemeindevertretungen in der Grafschaft London unterbreitet werden.

Sehr auffällig ist, daß die Thronrede über den Stand der Dinge in China kein Wort enthält.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 10. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Der heutige Tag gehörte wieder einmal ganz der Sozialdemokratie. Zur Verathung stand der sozialdemokratische Initiativantrag auf Schaffung eines freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts, in das auch ein wirklich freiheitliches Koalitionsrecht der Arbeiter mit einbezogen ist. Das Haus zeigte demzufolge bei den bürgerlichen Parteien große Lücken und auch der ganze Bundesrathetisch war leer. Weder der Reichskanzler noch Graf Posadowsky hatten es der Mühe für

Werth gehalten, zu erscheinen; nur der sächsische Regierungsrath Fischer erschien zeitweilig im Saale. Er kam gerade zur Zeit und konnte die schweren Angriffe hören, die unser Genosse Stolle gegen die sächsischen Behörden wegen der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Sachsen schleuderte. Herr Fischer muß sich wohl jetzt von der Berechtigung dieser Angriffe überzeugt haben, während er sonst immer mit Einwänden und Ausflüchten bei der Hand war, schwierig er heute gänglich. Vor Stolle hatte Abg. Bachnicke schöne Beispiele über Beschränkungen des Versammlungsrechts aus Mecklenburg und Pommern vorgetragen. Nach Stolle nahm Abg. Köstke das Wort, um zu zeigen, daß noch nicht alle Arbeiterparteien verflucht sind und sich einzelne von ihnen noch einen klaren Blick bewahrt haben. Aber Herr Köstke hat nicht viel Gesinnungsgenossen unter seinen Standesgenossen und unser zweiter Parteiredner Jubel hat Recht, als er ihn einen „weisen Nebenbrenner“ nannte. Die kernige derbe Art Jubels war recht wirkungsvoll. Herr von Stamm, den er besonders scharf auf's Korn genommen hatte, verzichtete angelegentlich wegen der vorgerückten Zeit auf das Wort. So waren im Ganzen nur vier Redner zu Wort gekommen und die Gegner des Antrags hatten sich gänzlich ausgeschwiegen. Der Antrag unserer Genossen hat die Form eines Gesetzentwurfs. Heute wurde die erste Lesung beendet, auch die zweite Lesung wird gleich im Plenum erfolgen, da der Abgeordnete Venzmann einen früher gestellten Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen hat. Morgen: Etat des Anstaltigen Antrags.

37. Sitzung.

Am Bundesrathetisch: Niemand.

Präsident v. Bunsel eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Verathung des von den Abgeordneten Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs betr. das Vereins- und Koalitionsrecht.

Bachnicke (Fg.): Das Versprechen des Reichskanzlers, betreffend die Revision des Vereins- und Versammlungsrechts soll nicht länger als ein Schauspiel im Glaschaal der Verfassung stehen. Das heutige Vereinsrecht und seine Ausföhrung durch die Behörde ist ganz unzulässig. Das letzte Mal wurde auf Sachsen hingewiesen, in Mecklenburg aber sind die Beschränkungen der Versammlungsrechte noch schlimmer. Es hat man dort aus den Sonntagruhebestimmungen eine direkte Beschränkung des Rechtes, Versammlungen abzuhalten, hergeleitet. Neben referirt hierauf über eine sehr große Anzahl von Fällen, in denen vor Allem die wirkliche Handhabung und Auslegung des Gesetzes von Seiten der Amtsverwalter das Versammlungsrecht überhaupt illusorisch machte; so habe ein Amtsverwalter verlangt, den Vortrag v. v. h. er im Auszuge kennen zu lernen (Hört! hört!), eine Versammlung ist aufgelöst worden mit der Begründung: Ueber Antwortlicher und Beamte dürfte nicht gesprochen werden! (Hört! hört!) Hierzu kommen noch die schändlichen Maßregeln von Seiten des Bundes der Landwirthe, der auf jede Weise begünstigt werde. Man versucht überhaupt, der Themis eine agrarische Wille auf die Nase zu setzen. (Weiterlekt.) All diese Maßregeln können aber eine Bewegung nicht aufhalten. Es bleibt aber noch eine Macht, die Presse! (Beifall links.)

Stolle (S.): Der Antrag, der von unseren Genossen eingebracht ist, fordert nur ein Recht, das das deutsche Volk vor 50 Jahren bereits in seinem Besitze hatte. Das große Jahr 1848 hatte ihm diese Errungenschaft gebracht. Freilich erhob bald genug die Reaktion in Preußen ihr Haupt und schuf die Bestimmungen, die das Vereinsrecht laubeten, und nach und nach folgten auch die übrigen deutschen Staaten diesem Vorgehen. Sie alle wissen, was uns die letzte Zeit gebracht. Sie haben zum Ueberdruß oft von dem Versprechen des Reichskanzlers gehört, und von der famosen Art, wie es in Preußen durch Freiherr v. B. Rede eingelöst worden ist, wie er auf peride Weise zwar das Verbot des Inverbindungsrechts beseitigte, dafür aber eine Reihe von Maßnahmen einföhrten wollte, die das Vereinsrecht für uns überhaupt illusorisch gemacht hätten. Diefem Beispiele des preussischen Ministers ist man auch im Königreiche Sachsen gefolgt. Die Regierung hat dort äußerlich ihr Versprechen erfüllt und die Aufhebung des Verbots bekräftigt. Gleichzeitig aber haben die Konservativen einen Antrag eingereicht, der das bisherige Recht verschärfte, der es den Frauen unmöglich machen sollte, Versammlungen zu besuchen. Dieser Antrag der Konservativen ist zweifellos von der Regierung selbst inspirirt. Wäre dem nicht so, so hätte die Regierung erklären müssen, daß sie Angesichts des Versprechens, das der Reichskanzler gegeben, einem solchen Antrag von Seiten des Landtages ihre Zustimmung nicht geben könne. Damals sprach sich Herr Lieber für volle Gleichstellung der Parteien bei Handhabung des Vereinsrechts aus. Es wird sich ja zeigen, wie weit seine Parteigenossen da mit ihm gehen, denn wenn dieselben mit ihm in diesen Grundsätzen übereinstimmen, so müssen sie konsequenterweise alle für unseren Antrag stimmen, denn dieser verlangt eben das gleiche Recht für die in Kohlenindustrie vereinigte Arbeiter und für die Arbeiter. Die Arbeiter finden aber heute noch nicht einmal die Besprechungen eingelöst, die im Jahre 1890 durch die bekannte Thronrede gegeben wurden, und was sie am meisten hindert, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, sind die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts. Darin stimmen mit mir auch einige der Herren Gelehrten überein. So äußerte sich z. B. auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik der bekannte Professor Herrner-Karlruhe: In Deutschland sind die Unternehmer vereint, die Arbeiter nicht. Sie haben zwar das allgemeine Wahlrecht, aber es liegt in den Händen der Gesetzgebung, ob sie sich gedrückt für den Wahlkampf vorbereiten, d. h. organisiren können, und gerade durch die Bestimmungen des Vereinsgesetzes ist ihnen dieses erschwert. Dafür möchte ich einige Belege besonders aus meiner speziellen Heimath Sachsen anführen. Die Appreturarbeiter in Meerane suchten sich mit ihren Arbeitgebern zu verständigen, besonders in Betreff der übermäßigen Arbeitszeit, die öfters bis Abends 10 Uhr dauerte. Die Gesundheit der Arbeiter wurde dadurch auf's Schwerste beschädigt, und die Krankenkassen konnten den an sie gestellten Anforderungen nicht nachkommen. Vor Allem sollten die Ueberstunden abgeschafft, ein Fabrikauschuß als Verbindungsmitglied zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eingesetzt und eine Lohnerhöhung von 25 Prozent bewilligt werden. Das sind gewiß sehr billige und berechnete Forderungen. Es sollte nun eine Volksversammlung einberufen werden, in der ich das Referat hatte, und weil gerade der Bürgermeister mit den Stadtvätern in Streit lag, gelang es uns auch in diesem Falle, die Erlaubniß dazu zu erlangen. Es wurde dann auch eine Einigung erzielt und die Fabrik setzte die Arbeitszeit auf sechs Stunden fest. Die siebente Stunde auf die die Fabrikherren aus Betriebsrückständen nicht verzichteten zu können meinten, sollte als Ueberstunde betrachtet werden. Das bedeuete für die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2,50 Mk. Hieraus erleben Sie also den Vortheil, den die Gewährung der Versammlungsrechte den Arbeitern bieten kann. — Als aber in Glauchau die Arbeiter mit der Forderung auftraten, wurden sofort 60 Arbeiter gemahnt. (Hört! hört!) In der Stadt war es ihnen nun absolut nicht möglich, ein Vokal zu be-

kommen, da allen Wirthen, die dazu bereit waren, mit Konzessions-entziehung gedroht wurde. Auf dem Lande wurde eine Verammlung zwar gehalten, aber dann durch einen blutigen Ueberwachtungsbesuch innerhalb fünf Minuten aufgelöst. Auf eine Beschwerde kam dann der Reichstag, die Auflösung sei erfolgt, weil nicht in ausreichendem Maße dafür Sorge getragen sei, daß zwischen den Zuhörern der gefälligst geforderte Zwischenraum von 1/2 m innegehalten werden. Vorkatheter, die ihren Saal zu Versammlungen für Arbeiter hergeben, wurde die Abhaltung von Konzessionen verweigert. In der Begründung hieß es, es sei kein Bedürfnis vorhanden. 2 300 Schritte weiter war Bedürfnis vorhanden. Politische Gründe sind nicht ohne Weiteres nachweisbar in solchen Fällen. Aber in Arbeiterkreisen ist der Glaube verbreitet, daß die Affäre bestimmter Bräuerereien in den Händen der Verwaltungsbehörden sind und diese auf die Vorkatheter einen Druck ausüben wollen, damit sie eine bestimmte Sorte Bier verköhlten. (Sehr richtig links.) Der Arbeiter liegt in Sachen sehr im Argen. Bei den Gewerbe-Inspektoren erlangen die Arbeiter keine Besserung, es bleibt ihnen nichts übrig, als mit ihren Beschwerden an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Verammlungen sind aber auch zur Regelung der Lohnfragen notwendig. In der einzelnen Fabrik läßt sich das nicht machen, es müßten die Arbeiter mehrerer Fabriken zusammentreten. Thun sie das aber, so treten sie zur Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in Verleumdung und verfallen damit dem Strafgesetze. (Der Geheimrath Fischer nickt.) Da kann man wohl sagen: Der Geheimrath Fischer ganz allein, will des Freiherren von Stumm's geistlicher Schüler sein. (Heiterkeit.) In den Motiven zum sächsischen Vereinsgesetz von 1850 heißt es, es könne der Regierung nur erwünscht sein, daß Arbeit über die Maßnahmen der Regierung zu hören. 50 Jahre hindurch konnten Kinderjährlinge und Frauen an den Verammlungen teilnehmen. Jetzt soll das gefährlich sein. Jetzt sind die Kinderjährlinge dumme Jungen, haben die jungen Arbeiter nicht dasselbe Recht und Interesse wie die Älteren an der Lohnfrage. Ist man jetzt weniger weit, wie vor 50 Jahren? Was haben denn die mehr Schulen genügt? (Sehr gut links.) Es ist geradezu empörend, die jungen Leute an den Verammlungen zu hindern, während man sie für fähig hält, als Soldaten ihr Gut und Blut zu opfern. Ganz ähnlich steht es mit den Frauen. Vor 50 Jahren war die Frau noch nicht so sehr in der Fabrik thätig, wie heute. Heute, wo sie in der Fabrik arbeitet, allen Gefahren ausgesetzt ist, Unfälle erleiden kann, und erleidet, will man ihr das Recht nehmen, in öffentlichen Verammlungen ihre Interessen wahrzunehmen. Aber nicht bloß das Wahlrecht wird dem Arbeiter in Sachen verweigert, es wird ihm auch fast unmöglich gemacht, sich an den Reichstagswahlverammlungen zu beteiligen. Ich mag hier, um mit Herrn Fischer zu reden, wieder alle Paradieserbe reiten, aber da in Sachen kein Tag ohne Mißgriffe der Behörden vergeht, wäre es von uns unverantwortlich, die Dinge hier nicht zur Sprache zu bringen. Es ist den Abgeordneten oft nicht möglich, ihren Wählern Bericht zu erstatten. So hat die Zwickauer Antikampannenschaft die Verammlungen mit der Motivierung verboten, die sächsischen sozialdemokratischen Abgeordneten stürzen eine so heftige Sprache im Landtage, daß sie voraussichtlich ebenso in den Verammlungen sprechen würden. Nun, ich frage die Herren vom Zentrum, haben Sie nicht auch während des Reichstags eine sehr heftige Sprache gegen die Regierung geführt? Wie würde es ihnen gefallen haben, wenn daraufhin ihre Wählerverammlungen verboten worden wären. Mir ist es als Reichstagsabgeordneter unmöglich gemacht worden, meinen Wählern Bericht über meine Thätigkeit zu erstatten. Dies ist nicht Landesrecht, sondern Reichsrecht. Was nicht aus § 17 des Wahlgesetzes. Meinem Kollegen Hoffmann ist es 5 Jahre lang unmöglich gemacht worden, in seinem Wahlkreise zu sprechen. Das ist vom Minister Reich selbst im Landtage als Uebelstand anerkannt und Abhilfe versprochen worden. Aber die Unterbehörden kümmern sich nicht um die Bestimmungen der Vorgesetzten. Daraufhin wurde eine Verammlung im Hoffmann'schen Wahlkreise wohl gestattet, aber Hoffmann verboten zu sprechen. (Hört hört.) Die Teilnahme von Frauen an öffentlichen Verammlungen ist gestattet; ein Ministerialerkenntnis besagt es ausdrücklich. In einer Verammlung in Glauchau waren zwei Frauen. Der überwachende Beamte verlangte ihre Entfernung; ich verwies ihn auf das Gesetz, auf ein Ministerialerkenntnis und auf eine Erklärung des Ministerialrathes Fischer im Reichstage. Was sagte der Beamte: Was geht mich der Minister, was geht mich der Dr. Fischer an? (Sittensittliche Heiterkeit links.) Diese Zustände sind unverträglich; mit ihnen muß durch Annahme unseres Antrages tabula rasa gemacht werden. Die reaktionären Parteien aber brauchen sich um den § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes nicht zu kümmern. Sie übertraten es fortgesetzt, ohne daß sich die Regierung darum kümmert. Es wird eben mit zweierlei Maß gemessen. Dasselbe, worüber wir in Sachen zu klagen haben, geschieht in anderen Staaten auch, so in Sachsen-Weimar. In Weimar, das einen sächsischen Antikampannium bekommen hat, werden uns alle Verammlungen verboten. Den anderen Parteien wird Alles zugelassen. Als unser Genosse Bittgenau eine Uebersetzung des Vereinsgesetzes durch andere Parteien anzeigte, lehnte die sächsische Staatsanwaltschaft die Besorgung ab. Dem deutschen Volke müssen die Grundrechte wieder erobert werden, die es 1848 besaß. Diesem Ziele dienen unsere Anträge. Wenn es ernst ist mit den Freiheitsrechten des Volkes, muß für sie stimmen. (Lebhaftes Bravo! v. d. Soz.)

Roskoffe (liberal) erklärt sich als Unternehmer, als Leiter einer großen Altiengeellschaft, für volle Koalitionsfreiheit aller, auch der ländlichen Arbeiter. Das politische Wahlrecht bietet dafür keinen Ersatz. Auch den Frauen müsse bei den heutigen wirtschaftlichen Zuständen volles Vereinsrecht gewährt werden. Während man aber bei den Arbeitern peinlich auf die Innehaltung des Vereinsgesetzes achtet, kümmere man sich garnicht um das Thun der Unternehmer. Neben hat selber Verammlungen abgehalten, die nicht angemeldet waren. Kein Mann habe danach geklagt. Vielleicht werde das jetzt bei ihm anders, wo er, der mit der Sozialdemokratie in der Frage des Koalitionsrechts zusammengehe, gewiß wohl zu den unbewußten Mittätern gezählt werde. (Heiterkeit. Zuruf von Singer und Wurm: zu den bewußten!) Ein Vorwand sei es, wenn man in solchen Fällen immer von den waterlandseindlichen Tendenzen der Sozialdemokratie spreche; in Wirklichkeit wolle man einfach nur die Arbeiter verhindern, ihre rein wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Die Arbeiter kämpfen jetzt denselben Kampf, den früher die Junker gegen die Bürger hätten führen müssen. Man spreche von Streikvereinen und verweise auf England; aber die Statistik zeige, daß dort die Zahl der an Streiks Beteiligten mit dem Wachstum der Gewerkschaften abnehme. Die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse müßten anerkannt werden, vor Allen das Koalitionsrecht. Der Erlaß des Grafen Poladomsky aber zeige gerade weiten Volkstheilen, daß man eine Begünstigung einzelner agrarischer Interessen unter rücksichtsloser Beseitigung der wichtigsten Arbeiterinteressen als leitendes Prinzip besetze. Ausschreitungen bei Streiks müßen vorkommen, aber die bestehenden Strafgesetze reichen vollkommen aus. Und die Ausschreitungen seien zu entschuldigen. Auch in den Kreisen der Unternehmer werde derjenige, der sich an Abmachungen seiner Kollegen nicht beieiltigt, nicht als besonders achtungswerther Mann gelten. Wer dem Arbeiter das gleiche Recht nicht gönne, verführe sich mehr am Volke, als alle Sozialdemokraten. (Bravo! links.)

Zubeil (SD.): Wie anders klang die Rede des Abgeordneten Röske gegen die Rede, die am 26. Januar der Abgeordn. Frhr. v. Stumm gehalten hat. Herrn Röske können wir dankbar sein, daß er das Recht den Arbeitern nicht verkümmern will. Aber er ist auch ein weißer Hahn unter den Arbeitgebern. Herr Stumm hat früher die preussische Regierung zu ihrem rücksichtslosen Vorgehen gegen die Arbeiter beglückwünscht. Der Erlaß des Grafen Poladomsky entsprach wohl ganz einem stillen Wunsche des Herrn v. Stumm, und er wird wohl jetzt zufrieden sein. Man wirft uns

vor, daß wir fortwährend dieselben Klagen vorbrächten. Aber so lange die Entziehung und Knebelung des arbeitenden Volkes fort-dauert, so lange werden wir Jahr für Jahr diese Klagen wieder vorbringen. Wird von Ihnen nicht auch immer wieder vom Ver-schlimmerungsnachweis und anderem Dingen bis zum Ueberdruß ge-redet? Nach der Ansicht des Herrn v. Stumm ist die Zahl der Streikenden, die sich an den Arbeitswilligen vergangen, ein be-ständig wachsende. Die Statistik aber stellt fest, daß innerhalb des Deutschen Reiches stattgefunden haben im Jahre:

	Streiks	mit Beteiligten	von denen auf Tausend bestraft sind
1892:	73	3022	24,5
1893:	116	3356	4,1
1894:	131	7128	6,4
1895:	204	14032	6,6
1896:	423	128808	2,0

Nun, Herr Abg. Freiherr v. Stumm, wie ist es in dieser Beziehung zugegangen, daß in den Jahren 1892-1896 die Ver-urteilungen wegen Beteiligung an Streiks so rapide gesunken sind? Das ist der Erziehung innerhalb unserer Vereine und Gewerkschaften zu danken. Ihnen, Herr v. Stumm, ist es nicht zu danken. Das ist die Arbeit, die die Arbeiter selbst in diesen Jahren verrichtet hat. Herrn v. Stumm möchte ich bitten, sich doch ein-mal auch eine andere Statistik anzusehen. In dem „Archiv für soziale Gesetzgebung“ von 1893 ist zu lesen, daß wegen Vergehens gegen Reichsgesetze 150 Stübchen, aber 8,3 auf's Tausend, be-straft und verurtheilt sind, davon 38 wegen Zweikampfes, 57 wegen Körperverletzung, 111 wegen Gewaltthätigkeit, Drohung gegen Beamte, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs. Herr Freiherr v. Stumm möge dabei bedenken, daß diese Kreise die sogenannte Elite der Gesellschaft bilden und eine ganz andere Erziehung an-geblüht gewesen haben, und ferner, daß diese Stübchen später als Richter vielleicht in die Lage kommen, Arbeiter wegen angeblicher Mißhandlung von Arbeitswilligen abzuurtheilen. Ferner möchte ich den Herrn v. Stumm darauf hinweisen, daß eine andere Statistik zeigt, daß auch der Prozentsatz von prägeladenen Polizeibeamten, also der Beamten, die verurtheilt sind, für Sittlichkeit und Ordnung zu sorgen, im letzten Steigen begriffen ist. — Herr von Stumm hat dann keine sichere Erklärung dahin abgegeben, daß er mit den Landtagen nicht alle Sozialdemokraten, sondern nur die an Streiks Beteiligten 16, 17, 18, 19jährigen meine. Was würde Herr v. Stumm wohl dazu sagen, wenn hier von der Tribüne des Hauses herab die 16, 17, 18, 19jährigen Offiziere von unserer Seite aus ebenso behandelt würden. Ich bin fest über-zeugt, die Aufregung der ganzen rechten Seite würde eine kolossale sein. — Was nun das vorliegende Gesetz betrifft, so ist ja von Herrn Roskoffe aus ein großer Theil der Klagen aus Pommern hier vorgelesen worden. Er erklärte, so etwas gesehe gegen liberale Bauernvereine; ja was geschieht nun erst gegen die ver-hüllte Sozialdemokratie? Da brauchen wir nicht nach Pommern zu gehen, wir brauchen uns nur vor dem Thoren Berlin ein wenig umzusehen, in welcher Weise hier das Vereins- und Ver-ammlungsrecht von den Beamten geradezu mit Füßen getreten wird. Den Gewerkschaften ist die Beschäftigung mit Politik ver-boten. Wo aber hängt heute die Politik an? Diesen Organisationen kann jeden Augenblick der Todesstoß veretzt werden. Der Sag Visnaras: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“, muß heute umgeändert werden: „Wir Deutschen fürchten Gott und die Sozialdemokratie“. In Köpenick ist es nicht mehr möglich, eine öffentliche Verammlung mit Frauen abzuhalten. Eine Verammlung, in der ich über das Thema, „die Wegeliedlichkeit der Agrarier“, sprechen wollte, wurde nämlich wegen Anwesenheit von Frauen aufgelöst. Ebenso auch viele andere Verammlungen. Als ich einmal einen Polizeibeamten darauf anmerken machte, daß er dazu da wäre, das Gesetz zu achten, es nicht zu übertreten, antwortete mir dieses untere Polizeigebiet: „Es kommt darauf an, wie ich das Vereinsgesetz ansehe.“ Nicht einmal Festlichkeiten dürfen in Köpenick abgehalten werden. Beschwerden waren stets fruchtlos. Wir haben nun einmal die dortigen liberalen Vereine denunziert, um zu sehen, ob denn gleiches Recht für Alle noch existirt. Bis jetzt haben wir noch keine Antwort, wie sind ge-spannt, ob wir überhaupt vom Bürgermeister einer Antwort werden gewürdigt werden. Wer kennt nicht die ständischen Verordnungen des bekannten Amtsvorstehers v. Dppen in Adlershof, wer kennt nicht die ständischen Vorgänge aus Jellendorf? Der Amtsvorsteher lehnte die Anmeldebetheiligung für eine Verammlung ab, weil er an-geblüht das Lokal nicht kannte. In einem Falle hat sich dieser Herr sogar des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Um das Fest eines Gesangsvereines zu verhindern, ließ der Herr das Bier beschlagnahmen. (Hört hört links.) Eine andere Bräuererei steht glücklicherweise noch aus. Wir brauchen also nicht nach Sachsen, nicht nach Pommern zu gehen, in der nächsten Nähe von Berlin sind die Herren ebenso helle wie dort. (Große Heiterkeit.) In Obersachsen kommen ganz merkwürdige Dinge vor. Flugblattver-theiler werden verhaftet, die Flugblätter tarzterhand in den Ofen gesteckt. Unser Antrag wird, wenn er auch angenommen wird vom Reichstage, von der Regierung nicht angenommen werden. Selbst die Anträge Buchnick und Röske gehen ja der heutigen Regierung viel zu weit. Auch in Weimar, wo kein Vereinsgesetz besteht, geht man gegen die Sozialdemokraten mit Hilfe von ministeriellen Ver-ordnungen vor. Unseren Parteigenossen sind in letzter Zeit Ver-ordnungen kurzer Hand verboten worden und der Minister v. Hoff hat das in weimarischen Landtag gutgeheißen. Damit werden Sie, Herr Frhr. v. Stumm, gewiß sehr zufrieden sein. Herr v. Stumm macht uns Vorwürfe, daß wir die Arbeitswilligen von der Arbeit abhalten wollen. Ich habe 27 Jahre als Tischlergeselle an der Hobeibank gestanden und in dieser Zeit es oft erlebt, daß die Ar-beitgeber ihre Kollegen gezwungen haben, ihren Ringen beizutreten. Von Ausschreitungen ist bei uns so gut wie keine Rede. Herr Röske hat schon darauf hingewiesen, daß bei dem Kampfe der Arbeiter, dem Berliner Bierbofott, der Herr v. Stumm so schwer im Wagen liegt. (Große Heiterkeit), nicht eine einzige Ausschrei-tung vorgekommen ist. Wie tief liegt Herr v. Stumm die deutsche Arbeiterkraft gegen die englische herab, der längst Verammlungen unter freiem Himmel erlaubt sind. Aber in seinem Kopfe kocht es! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er fürchtet wohl, daß die Arbeiter von einer Verammlung unter freiem Himmel zu sei-nem Palaste ziehen werden, um ihn zu stürzen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen ihn viel zu notwendig, um so gegen ihn vorzugehen. Unser Antrag wird so lange wieder-kehren, bis den Arbeitern das volle Vereins- und Koalitionsrecht erungen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Die zweite Lesung findet im Plenum statt, da Abg. Benzmann seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen hat.

Berlin, den 11. Februar.

Frhr. von Stumm: Der Abg. Zubeil habe zwar 79 Mal seinen Namen genannt, er wolle ihm aber nicht erwidern, weil diese Erwiderung schon in früheren Reden von ihm enthalten sei.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Etat des Auswärtigen Amtes.

Schluß 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargemeinde.

11. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikomitee.

J. A.:

R. Schenk, Lederstraße.

Achtung, Gewerkschaften!

Diejenigen Gewerkschaften, welche Wahlspondmarken beziehen wollen, werden ersucht, dem Betreffenden, der dieselben beim Genossen Wade in Empfang nimmt, eine vom Vorstande beglaubigte Vollmacht als Legitimation auszuhandigen.

Das Wahl-Komitee.

Einen Reichstagskandidaten haben unsere „einigen“ bürgerlichen Parteien immer noch nicht, wenigstens nicht „für fest.“ In der gestrigen Reichsvereins-Versammlung gab man der Hoffnung Ausdruck, daß man in vierzehn Tagen einen Namen werde bekannt geben können, der allen bürgerlichen Parteien genhm sei. Die Kandidaturen Bankdirektor E. Stiller und Kommerzienrath Scharff sind definitiv gescheitert. Herr Rechtsanwalt Dr. Berchren konstatierte, daß in bürgerlichen Kreisen eine gewisse Unruhe darüber vorhanden sei, daß der Kandidat des Fischmachers noch immer ausstehe. Er hielt diese allerdings für unbegründet. — Na, also einstweilen noch 14 Tage Geduld, Ordnungsliebe von Lübeck.

Ein Flottenreisender. Hof-Regitator Meander-Hannover, beglückte gestern das reichsvereintliche und kolonialgesellschaftliche Lübeck mit einem Agitations-vortrage.

Eine Gedenkfeier werden die hiesigen Parteigenossen am 18. März im „Cososseum“ veranstalten.

Ein Mordversuch wurde gestern Abend gegen 8 Uhr in der Kolonialwarenhandlung des Lohnbiener's Dürkop, Steinraderweg 11a, gemacht. Ein unbekannter Mann mit dunklem Bart und dunklem Hut feuerte als die im Laden bedienende Schwägerin des Besitzers ihm ein Behufsenntisch zu wechseln im Begriff war, einen Schuß ab, welcher das Mädchen an der Wange streifte und die Schulter traf. Unter Mitnahme von 45 Mk. entfloß der dreiste Geselle und entkam begünstigt von der herrschenden Dunkelheit. Bisher ist es nicht gelungen, ihn zu fassen.

Das 10jährige Stiftungsfest der Seefahrer-Krankenkasse, welches am Dienstag im „Tivol“ stattfand, war äußerst stark besucht und verlief auf das Beste.

Vom Tage. Als Stehler der einem Schlachter in der Böttcherstraße abhanden gekommenen 80 Mk. sind zwei 11 bzw. 9 jährige Knaben ermittelt worden. — In Paff geriet ein Schlachter, welcher in einer Herberge in der Deponen mehrere Scheiben zerkleinerte. — Gestohlen wurde aus einem Garten in der Cronsförder Allee ein Rinderschlitten. — Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Lehrling, welcher der Unterschlagung im Rückfalle beschuldigt wird. — Wegen Bettelns resp. Obdachlosigkeit geriet in Haft bzw. Schutzhaft 15 Personen.

Jugendliche Ausreißer. Drei schulmündige Knaben aus Hamburg-Barmbeck, welche ihren Eltern fortgelaufen waren, um über Travemünde nach — Kiautschau auszuwandern, zu welchem Zwecke sie den Alten Geld gestohlen und sich Waffen angeschafft hatten, wurden hieselbst auf-gegriffen und zu Muttern zurückpedirt.

Erklärungen. In der Sitzung des Amtsgerichts haben die unverschleihte Bertha Maria Martha Grefsmann, gebürtig aus Niendorf bei Lübeck, in Veranlassung ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Arbeiter Heinrich Ferdinand Bieger in Borrade und die unverschleihte Bau-lme Elisabeth Auguste Birkhobe, gebürtig aus Kamminka i. W. Pr., wohnhaft hieselbst, in Veranlassung ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Bäckergehilfen Carl Blau hieselbst die Erklärung abgegeben: daß sie für die Verbindlichkeiten ihrer künftigen Ehegatten überall nicht haften wollen.

Altona. Von einer Agitationstour im Lauenburger Wahlkreise. Zwei hiesige Ge-nossen, welche sich im Herbst an der Verbreitung eines Flugblattes und des „Norddeutschen Volkskalenders“ im 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise beteiligten, wurden in einem Dorfe in der Nähe von Schwarzenbel polizeilich notirt. Später wurden sie auf Grund des preussischen Preßgesetzes angeklagt, weil behauptet wurde, sie hätten die Schriften an öffentlichen Wegen und Plätzen verteilt. Einer der Angeklagten wurde vom Schöffengericht in Schwarzenbel schuldig befunden und zu 50 Mk. Geldstrafe event. entsprechender Haft verurtheilt, während der zweite Angeklagte freigesprochen wurde. Gegen beide Erkenntnisse wurde Berufung eingelegt und die Sache kam dieser Tage vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung. Der Staatsanwalt hielt Beide schuldig und beantragte je 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tage Haft gegen Jeden. Auf Antrag des Vertheidigers, Rechtsanwalt Löwenthal, wurden jedoch beide Angeklagte freigesprochen. Der Ge-richtshof erklärte, es sei nur erwiesen, daß die Ange-klagten an solchen Stellen ohne polizeiliche Erlaubniß Druckschriften verbreitet hätten, wo Jemand sein Haus-recht ausüben könne. Das sei nicht strafbar.

Riel. Die Vertheidigung der Opfer des Marxenunglücks fand am Mittwoch unter großer Theilnahme der Bevölkerung statt. Am Donnerstag wurde der Leiger Wolfram bestätigt.

Malchin. Im Wahlkreise Malchin-Waren beabsichtigen die Konservativen, den Kammerherrn Baron v. Malchahn auf Peccatel als ihren Reichstags-kandidaten aufzustellen, nachdem der bisherige Reichstags-abgeordnete des Wahlkreises, Landrath Freiherr von Malchahn auf Wolzow eines Wiederwahl abgelehnt habe.

Güstrow. Vom Kampf gegen den Um-sturz. Dem Genossen Knappe-Stettin, welcher, auf einer Agitationstour im sechsten Wahlkreise begriffen, auch in Rielow sprechen sollte, wurde im letzten Augenblick das Lokal verweigert. Mit Genehmigung des Wirthes setzte er nun den zahlreich Erschienenen ausein-

Chronik auf das Jahr 1848.

12. Februar. Der Abg. Wasser mann begründet in der badischen Kammer seinen Antrag auf Einführung einer Volksvertretung beim Bundestag. Ueber diesen letzteren sagt er: „Das einzige Band politischer Einheit ist eine Versammlung zu Frankfurt, die selbst nach 30 Jahren nicht vollbringt, was schon in der ersten Zusammenkunft zu geschehen gelobt war. Thätigkeit im Unterdrücken aller freiheitlichen Regungen, Unthätigkeit im Fördern des Gemeinsamen aller Nationalwünsche und Bedürfnisse sind bisher ihre Hauptcharakterzüge gewesen. . . Die Produktion der Geister setzt sie Gewalt entgegen; sie verbietet Bücher, ohne sie zu kennen. Ja, Bücher, die noch gar nicht angeklagt sind, werden schon vor ihrer geistigen Geburt vernichtet.“ Diese Sprache war im Vormärz unthätig. — Der Antrag wurde schließlich zur Vorberatung an die Abtheilungen verwiesen, aus denen er nicht mehr herauskommen sollte, da er von den weltgeschichtlichen Ereignissen überholt wurde.

In Frankreich hatte sich über die Thronrede Louis Philipps mit ihren der Reformbewegung feindlichen Sätzen eine viertägige Debatte entsponnen. Die Rede sollte durch eine Adresse der Kammer beantwortet werden, und die Opposition schlug unter anderem vor, man solle die Regierung in der Adresse auffordern, „ohne Unterbrechung daran zu arbeiten, die Moral der Bevölkerung zu heben und dieselbe nicht mehr durch ein böses Beispiel zu schwächen.“ Der Dichter Lamartine warf dem Ministerium seine liebedeuerliche Hostilität gegenüber der europäischen Reaction vor. Aber schließlich, am 12. Februar, wurde doch von der regierungstreuen Majorität eine Adresse an den König angenommen, worin die beleidigenden Äußerungen über die Reformbewegung wiederholt und bestätigt wurden.

Der Zola-Prozess.

Paris, 8. Februar.

Die Theilnahme des Publikums ist an heutigen Verhandlungstagen noch größer als gestern. Erst 10 Minuten vor 12 Uhr werden die Thüren des Sitzungssaales geöffnet; sogleich stürzt sich eine dichtgedrängte Menge, welche sich seit etwa 2 Stunden in den Gängen des Gerichtsgebäudes gestaut hatte, in den Saal.

Als Zola um 11³/₄ Uhr eintrifft, kommt es in dem Wandelgange zu lebhaften, einander entgegengesetzten Kundgebungen. „Hoch Zola!“ ruft eine Anzahl Personen, „Nieder mit Zola!“ rufen andere kräftig dagegen. Zola, der von seinem Verteidiger Labori und von Georges Clémenceau begleitet ist, macht sich aus der Menge los und gelangt in den bereits nahezu vollen Saal.

Hier herrscht ein ohrenbetäubendes Getöse; zeitweise ist es den mit dem Ordnungsdienste betrauten Beamten unmöglich, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Endlich um 12¹/₂ Uhr wird die Sitzung eröffnet, es tritt Ruhe ein und der Präsident schreitet zur Verlesung eines Schreibens des Majors Esterhazy. Dieser sagt

darin, er sei, nachdem ihn Mathieu Dreyfus des Hochverraths angeklagt hatte, vom Kriegsgerichte einstimmig freigesprochen worden.

Heute nun erhalte er ein Schreiben eines Privatmannes, Emile Zola's, der ihn als Zeuge lade. Er glaube, daß er der Vorladung nicht zu entsprechen brauche. Hierzu bemerkt der Verteidiger Labori: Major Esterhazy ist gestern hier gewesen; heute hat er sich eines anderen besonnen. Ein starkes Gefühl von Rüksicht hat uns zu der Ansicht gebracht, daß wir Major Esterhazy hierbei berufen müssen.

Auch Clémenceau als Verteidiger des zweiten Angeklagten besteht auf Esterhazy's Vorladung.

Der Gerichtshof beschließt, entsprechend den Anträgen der Verteidigung, die Vorladung Boisdesfres, Merciers, Patys und Esterhazy's. Sodann beginnt das Zeugenvverhör.

Als erster Zeuge wird Frau Dreyfus vernommen. Der Vorsitzende richtet an den Verteidiger Labori die Anfrage: „Welche Frage wünschen Sie zu thun?“ Labori, sich an Frau Dreyfus wendend: „Was denken Sie, Madame, von der Aufrichtigkeit Emile Zola's und können Sie uns sagen, unter welchen Umständen Sie im Jahre 1894 durch du Paty de Clam Kenntnis von der Verhaftung Ihres Gemahls erhielten?“ Der Präsident erklärt: „Ich kann diese letztere Frage nicht zulassen.“ Emile Zola erhebt sich und sagt: „Meine Herren, ich verlange einfach behandelt zu werden wie Mörder und Diebe. Diese haben immer das Recht, sich zu verteidigen und mir wirft man die Fenster ein. Man verhöhnt mich, man beleidigt mich auf der Straße, eine unjüdische Presse zieht mich in den Schmutz. Ich will meinen Beweis liefern und man verweigert mir dieses! Sehen Sie, meine Herren Geschworenen, welche Lage mir bereitet wird! Ich will meine Zeugen vernahmen lassen und man lehnt sich dagegen auf.“ Der Vorsitzende wendet sich an Zola: „Aber lassen Sie das Gesetz, Herr Zola?“ Antwort: „Nein, ich kenne es nicht und will es für den Augenblick nicht kennen.“ (Großer Lärm im Auditorium.) Labori (eingreifend): „Ich werde nun die Anträge vorbringen bezüglich der Fragen, die ich zu stellen habe.“ Präsident: „Stellen Sie Anträge, wenn Sie wollen, aber ich werde meinerseits keine Fragen zulassen, die mit den in der Vorladung enthaltenen Anklagepunkten nichts zu thun haben und die geeignet wären, eine Revision der Dreyfus-Affaire, über die nach dem Gesetz abgeurtheilt ist, herbeizuführen.“ Da sagt Labori: „Angesichts der Diktation, die man uns macht (Rufe: Nein! Nein! Jawohl! Jawohl!) und in unser Interesse bitte ich den Präsidenten, uns angeben zu wollen, welche Mittel wir anwenden sollen.“ Der Präsident erwidert: „Das ist nicht meine Sache (Lachen im Auditorium), stellen Sie Ihre Anträge, und der Gerichtshof wird dieselben prüfen.“ Die Verhandlung wird unterbrochen, um dem Verteidiger Zeit zu lassen, seine Anträge zu formulieren. Im Saale herrscht die größte Aufregung.

Die hauptsächlichsten Fragen an Frau Dreyfus, die Labori zu stellen beantragt, sind folgende: Glauben Sie nach dem, was Sie davon wissen, daß das gegen Ihren Gatten geführte Ermittlungsverfahren gesetzlich oder ungesetzlich war? Wollen Sie uns von dem ersten Besuch erzählen, den der Major du Paty de Clam in ihrer

jenige einer Frau, so würde Irene sie an ihre Lippen drücken.

„Ich danke Ihnen“, sagte sie einfach. „Ihre Worte haben mir gut gethan.“

„Ausprechen ist immer das Beste. Wenn Ihr Gemüth irgend etwas bedrückt, so sagen Sie es Ruth! Sie weiß stets Rath.“

Doch gerade dies vermag Irene nicht. In dem niederdrückenden Gefühl körperlicher Schwäche hält sie sich für selbstkürlich und schlecht, während sie Ruth Vinkeln zu einer Höhe erhebt, die selbst das edelste Weib nicht erklimmen kann.

Es ist, als ob ein unüberbrückbarer Abgrund zwischen den beiden Frauen aufragt.

Ruth liegt der Fehler durchaus nicht nur auf Irene's Seite.

Zwar giebt Ruth sich die größte Mühe, die Brücke zu finden, welche die feinfühlende Dame der Gesellschaft mit der Circusreiterin verbindet. Sie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um Irene ihr völlig gleichzustellen. Ihre Worte sind freundlich, aber es fehlt ihnen die Wärme.

Und noch etwas schwebt zwischen den beiden Mädchen, was innige Freundschaft unmöglich macht — etwas noch Unverständenes, aber es hängt in der Luft, schwül gewitterschwer. Beide fühlen es, ohne sich darüber klar zu sein.

Dr. Donald wundert sich über Ruth's auffallende Zurückhaltung Irene gegenüber.

Er meint, Jedermann müsse das arme, niedergedrückte Mädchen lieb haben.

Die Zeit überbrückt diese Kluft nicht. Im Gegentheil. . . Ruth hat Ralph Donald aufgefordert, die Reconvalescentin häufig zu besuchen, da seine Gegenwart einen belebenden Einfluß ausübt. Es ist, als ob etwas

Wohnung machte? Welche Personen waren dabei anwesend? Brachte nicht du Paty de Clam bei dieser Gelegenheit die größten Beleidigungen gegen Ihren Gatten vor? Versuchte du Paty de Clam ihn nicht durch allerlei verfängliche Mittel zu Beständnissen zu bewegen während des Laufes der Ermittlungen nach seiner Verurtheilung? Hat Ihr Gatte nicht auch immer gesagt, er sei das Opfer einer unerkennlichen Machination?

Der Gerichtshof lehnt sämtliche Anträge der Verteidigung ab.

Nach Madame Dreyfus wird Advokat Leblois vernommen.

Leblois sagt aus, sein Freund Oberst Picquart sei durch Drohbriefe zum Zwecke seiner Verteidigung veranlaßt worden, ihm gewisse Dinge über die Dreyfus-Angelegenheit zu erzählen. Er sei durch das, was er erfahren habe, sehr beunruhigt gewesen und habe nun seine Erkundigungen eingezogen. Senator Scheurer-Kestner habe gerouht, daß er — Leblois — informiert sei, und ihn gebeten, ihm Aufklärung zu geben über das, was er erfahren habe. Er habe darauf Scheurer-Kestner von den Briefen gesprochen, die General Goussé an Oberst Picquart gerichtet hatte. Scheurer-Kestner habe diese Briefe gelesen, und sei von da an von der Unschuld Dreyfus' überzeugt gewesen und seitdem auch von dieser Ansicht nicht abgewichen. „Ich unterbreitete“, fährt Leblois fort, „Scheurer-Kestner von die Idee, den Justizminister zu einem Nichtigkeitsverfahren wegen des Prozesses von 1894 zu veranlassen, weil dem Kriegsgerichte ein geheimes Schriftstück mitgetheilt worden sei. Scheurer-Kestner that Schritte bei der Regierung. Picquart lehnte ihn von den gegen ihn — Picquart — gesponnenen Umtrieben in Kenntniß, er sprach Scheurer-Kestner von den nach Tunis gerichteten, „Speranza“ unterzeichneten Telegrammen.“

Als Oberst Picquart sich nach Tunis begab, bezeugten seine Vorgesetzten ihm viel Sympathie und es schien nicht, daß Picquart in Ungnade gefallen sei.

Nach Leblois wird Scheurer-Kestner vernommen.

Der Präsident sagt: Sie sollen über die Affaire Esterhazy und nicht über die Dreyfus-Angelegenheit sprechen; über die wir nicht ein Wort hören wollen.

Scheurer-Kestner erwidert: Ich habe erfahren, daß im September 1896 Oberst Picquart, der Direktor des Nachrichtenbureaus im Kriegsministerium, entdeckt hatte, daß man im Jahre 1894 sich getäuscht habe, indem man das Bordereau dem Hauptmann Dreyfus zuschrieb. Ich erfuhr ferner, daß, als Oberst Picquart diese Entdeckung gemacht hatte, er den Sachverständigen Bertillon aufsuchte. Als er ihm die Schrift vor Augen hielt, habe Bertillon ausgerufen: Ah! die Fälschung ist gealückt; das ist keine Aehnlichkeit, das ist die Identität. Oberst Picquart schlug alsdann seinem Vorgesetzten vor, eine Untersuchung anzustellen und andere Sachverständige zu vernehmen. General Goussé habe ihm davon abgerathen. Den Briefwechsel, der sich hierüber entsponnen hat, will Scheurer-Kestner zur Verlesung bringen. Der Präsident gestattet aber nur eine kurze Inhaltsangabe. Scheurer-Kestner zitiert darauf mehrere Stellen aus Goussé's Briefen an Picquart. Unter Anderem heißt es darin: „Auf

von seiner Frische, seiner kraftstrotzenden Gesundheit auf sie übergehe.

Ende März darf sie zum ersten Mal im Zimmer herumspazieren. Auf Ralph's Arm gestützt, versucht sie ein paar Schritte. Doch sie ist so schwach, daß sie hinfiel, wenn er sie nicht hielt.

Jeden Tag erneuert sie ihre Gehübungen. Nach einer Woche ist sie schon im Stande, ohne Stütze frei im Zimmer auf und ab zu spazieren.

Zwischen Irene und Dr. Donald besteht eine offene, herzliche Freundschaft. Sie unterhalten sich so vertraulich miteinander, als ob sie einander bereits Jahre lang kannten. Irene bemerkt gar nicht, daß er Fräulein Vinkeln „meine liebe Ruth“ nennt, während er es vermeidet, sie selbst mit Namen anzureden. Sie denkt an ihn als an ihren liebsten Freund, den einzigen auf der weiten Welt — nichts weiter.

Die beiden unterhalten sich oft miteinander wie die Kinder, lachend, unbefangen, über ganz nichtige Dinge. Nur wenn Ruth sich zu ihnen setzt, nimmt das Gespräch eine ernstere Wendung. Irene verhält sich dann gewöhnlich schweigsam; erst nach reiflicher Nachdenken fließt sie von Zeit zu Zeit einmal ein Wort in die Unterhaltung ein und auch dann schüchtern und sehr ängstlich. Sobald sich aber Ruth in ihr Zimmer zurückgezogen hat, erdnt wieder Lachen und Scherzen, und Irene schwagt drauflos, wie ihr der Schnabel gewachsen ist.

Ruth ist sich ihrer Unfähigkeit, eine leichte, flotte Conversation zu führen, wohl bewußt. Sie ist weder streng noch prüde. Sie hat gar nicht die Absicht, stets ernst zu sprechen.

Sobald sie mit Ralph allein ist, erscheint ihr Geist beweglicher. Sie freut sich eines gelungenen Scherzes und macht wohl auch selbst eine witzige Bemerkung. Irene's Gegenwart bindet ihr die Zunge und macht

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(86 Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

„Was Sie sind?“ erwiderte er ernst. „Ein Kind, dessen Zukunft noch im Dunkel liegt, die aber, allem Anschein nach, hell und klar erglänzen wird.“

„Sie glauben, daß ich noch gut werden kann — so wie sie?“ fragte sie schüchtern.

„Wie wer?“

„Wie Ruth Vinkeln.“

„Gewiß. Der aufrichtige Wunsch sichert bereits den späteren Besitz dieser Eigenschaften. Glauben Sie fest daran. Es nützt ihnen mehr als alle meine Medicamente.“

Mit geschlossenen Augen denkt sie eine Weile nach. Dann murmelt sie leise:

„Nette Menschen könnte ich wohl pflegen, aber keine häßlichen, Ekel erregenden.“

Ein leises Lächeln huscht über die ersten Bügel des Arztes.

„Wozu überhaupt pflegen!“ erwidert er freundlich. „Als Schulreiterin können Sie ebenso gut und lebenswerth sein, wie als Krankenpflegerin.“

„Meinen Sie?“

Ein Seufzer der Erleichterung hebt ihre Brust.

„Gewiß. Die niedrigste Beschäftigung wird durch edle Gefinnung geadelt, und die besitzen Sie.“

Er steht auf und reicht ihr die Hand. Wäre es die-

dem Punkte, wo Ihre Untersuchung angelangt ist, handelt es sich nicht darum, Licht zu schaffen, sondern zu sehen, wie die Wahrheit ans Licht gebracht werden kann. Picquart habe hierauf erwidert, man müsse sich beeilen, denn, wenn man warte, werde es sehr schwierig sein, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Scheurer-Kestner berichtet dann über die Unterredung, die er wegen der Dreyfus-Angelegenheit mit dem Kriegsminister hatte. Als er den Minister nach dem Beweise für die Schuld Dreyfus' gefragt habe, habe der Minister erwidert, Dreyfus sei schuldig, er könne ihm nichts anderes sagen.

Scheurer-Kestner erklärte schließlich, General Willot habe ihm versprochen, eine persönliche Enquete zu veranstalten, er, Zeuge, habe aber nichts davon gesehen.

Nach Scheurer-Kestner wird der frühere Präsident der Republik, Casimir Perier, vernommen. Am Saale herrscht große Bewegung. Der Präsident sagt zu dem Zugen: „Sie sollen schwören, ohne Haß und Furcht die Wahrheit zu sagen.“ Wird aber von Casimir Perier mit den Worten unterbrochen: „Verzeihung, ich kann nicht schwören die Wahrheit zu sagen, weil ich sie nicht sagen kann. Es ist für mich eine Pflicht, sie nicht zu sagen.“ (Bewegung) Der Präsident erwidert hierauf, das Gesetz verpflichte die Zeugen, zu schwören, sogar wenn es zu dem Zwecke sei, die Aussage zu verweigern. Advokat Labori fragt den Zeugen: „Können Sie uns sagen, ob Sie zur Zeit, da Sie Präsident der Republik waren, vor der Verhaftung des betreffenden Offiziers wußten, daß auf einem Offiziere des Generalstabes der Verdacht lag, daß er Verrath begangen habe, und welche Verdachtsgründe gegen ihn vorlagen?“ Der Präsident greift hier ein und sagt: diese Frage dürfe nicht gestellt werden. (Lärm.) Labori fragt den Zeugen nun, ob er gewußt habe, daß im Kriegsministerium ein geheimes Aktenstück existiere. Casimir Perier erwidert, er habe keine Kenntnis davon gehabt, daß ein Aktenstück Esterhazy existiere. Labori fragt: „Wissen Sie, wie es kommt, daß dem Kriegsgerichte ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden ist?“ Hierauf erwidert der Präsident des Gerichtshofes, diese Frage werde nicht beantwortet werden. (Ertauter Lärm.) Labori erklärte darauf, er werde dann seine Anträge stellen.

Casimir Perier erklärte zum Schlusse seiner Aussagen: „Ich kenne die Thatsachen, die nach der Zeit meiner Präsidentschaft liegen, nicht, und meine Pflicht wie meine verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit würden mich hindern, etwas zu sagen. Aber ich bin hier als einfacher Bürger und stehe zur Verfügung des Gerichts.“ Labori erwidert: „Sie geben, Herr Präsident, ein edles Beispiel, dem andere weniger Hochgestellte, als Sie gewesen sind, nicht geglaubt haben, folgen zu sollen, da wir gezwungen gewesen sind, sie mit Gewalt hierher zu bringen.“

Labori beantragt, dem Zeugen folgende Fragen zu stellen: 1. Hat Casimir Perier gewußt, daß ein Offizier des Generalstabes des Verraths verdächtig war, und zwar hat er das vor der Verhaftung dieses Offiziers gewußt? 2. Hat er die Verdachtsgründe gekannt, die auf diesem Offiziere liegen? 3. Hat er gewußt, daß dem Kriegs-Kriegsgerichte in Abwesenheit des Angeklagten und seines Verteidigers ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden ist? 4. Wenn er es gewußt hat, zu welchem Zeitpunkt hat er es erfahren? 5. In moralischer Hinsicht und rein vom Standpunkte des guten Glaubens aus: „Wenn Casimir Perier erfahren würde, daß von irgend einem Gerichtshofe eine Verurteilung durch die Vorlage eines geheimen Schriftstückes erreicht worden ist, was würde er von einer solchen Handlung und von demjenigen, der die Verantwortung dafür zu tragen hat, denken?“

schwerfällig, sodas gegen ihren Willen nur ernste Gespräche geführt werden.

Es bemüht sie tief, daß sie nicht im Stande ist, Irene zu lieben, wie sie es allem Anschein nach verdient. Sie mehr sie sich müht, ihr Herz dem lieblichen Mädchen zu öffnen, umso fester schließt es sich.

Bald fühlt Ruth, daß die anderen Beiden sich ohne sie behaglicher fühlen. Mehr und mehr zieht sie sich zurück. . . . Die Entfremdung wächst. . . .

Ralph und Irene merken es kaum. Sie sind in ihrem täglichen Besammensein vollkommen glücklich und zufrieden.

Alle Drei toppen noch im Finstern. . . .

Nur eine Person im Hause sieht klar — Frau March. Sie verliert ihren Humor und wird nervös und erregt, da sie über diesen Punkt zu Niemandem reden kann und ihren ganz n Aergern in sich hinstülkt.

Mit fest zusammengedrückt Lippen stolziert sie in den Zimmern herum; sie rarronirt über New York und will doch nicht zurück nach Hoboken, obgleich Ruth, sie wiederholt darum bittet, da Irene ziemlich gesund und Frau Marchs Hilfe nicht mehr nötig ist.

„Eine Andere wird bald mehr Pflege brauchen als die Circusreiterin,“ bemerkte die alte Dame auf eine neue diebezügliche Vorstellung hin grimmig. „Ja, ja, lächeln Sie nur! Sie sind nicht in Ordnung, Fräulein Ruth. Sie werden von Tag zu Tage magerer, und —“ fügt sie mit Nachdruck hinzu — „Ihr Lachen klingt nicht natürlich.“

Eine Stunde später tritt sie mit ihrem Strickbeutel in das Wohnzimmer, in welchem Irene sich allein befindet.

Man ist es seit einiger Zeit gewöhnt, die alte Dame bei sat-ter Laune und wenig aufgelegt zum Plaudern

Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, dem abtretenden Casimir Perier von allen Seiten applaudirt.

Es wird schließlich noch der Bankier de Cassio vernommen, der in dem in den Zeitungen abgebildeten Vorbereau die Handschrift Esterhazy's erkannt zu haben glaubt. Die Sitzung wird sodann aufgehoben. Bei dem Verlassen des Gerichtssaales wird Emile Bala abermals Gegenstand stürmischer feindseliger Demonstrationen.

Ans Rath und Fern.

Ein „schuldiger“ Agrarier. Vor kurzem wundte sich ein Landwirth an die Redaktion der „Deutschen Landw. Presse“ mit der Frage, was er wohl thun könnte, um zu verhindern, daß seine Kühe beim Melken statt der Milch Stücke gäben, d. h. statt der Milch eine wässerige Flüssigkeit mit geronnenen Stücken liefere. Während der Direktor der Thierarzneischule in Hannover, Professor Dr. Danman, in einer der folgenden Nummern des Blattes dem Fragesteller sachgemäß Rath ertheilt, läßt sich ein ostelbischer Rittergutsbesitzer wie folgt vernehmen:

„Stückige Milch ist lediglich die Folge niederträchtigen Melkens. Ihre Kühe werden einfach nicht rein ausgemolken. Einzig wirksames Mittel wäre die Keitpeitsche für die Melkweiber, wenn Ermahnungen versagen.“

Der schneidige Herr, der diesen schönen Rath ertheilt, hat von den sozialen Verhältnissen außerhalb Neupommerns und dessen nächster Umgebung offenbar keine Ahnung. Anderenfalls würde er wissen, daß z. B. in Schleswig-Holstein die „Melkweiber“ sogar einem adeligen Herrn gegenüber, wenn er sie mit der Keitpeitsche züchtigen wollte, mit ihren Melkweibern und Holzpantoffeln nicht bloß herabwürdige Nothwehr „markiren“, sondern auch wirksam ausüben würden.

Schutz gegen Schulkente. Aus Köln wird berichtet: Die hiesige Strafkammer verurtheilte wiederum einen Schuymann wegen schwerer Mißhandlung zu 1 Jahr Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Die Verhandlung dauerte den ganzen gestrigen Tag. Es mußten 25 Zeugen vernommen werden. Die zur Verhandlung stehende Affaire hatte sich während der Anwesenheit des Kaiserspaars in Köln im Juni vorigen Jahres abgepielt, einem hiesigen Stadtschreiber war dabei beinahe der Schädel gespalten worden.

Die Nachricht, daß gegen den Schuymann Kiefer ein weiteres Strafverfahren eingeleitet worden sei, wird der „N. N. W. B.“ als unrichtig bezeichnet. Fräulein Hartmann hatte vor längerer Zeit einen Brief an die Staatsanwaltschaft gerichtet, in dem ganz gravirende Angaben über die ihr auf der Polizeiwache zu Theil gewordene Behandlung enthalten waren. Die Staatsanwaltschaft hat es nicht für angängig erachtet, auf diesen Brief hin ein Strafverfahren einzuleiten; wenn in der Angelegenheit des Fr. Hartmann den Schuymann Kiefer eine Schuld treffen sollte, so würde der Fall disziplinarisch zu behandeln sein.

Die Strafkammer verurtheilte am 4. d. Mts. einen Kölner Schuymann wegen Mißhandlung im Amte sowie Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenverlust und ordnete die sofortige Verhaftung des Schuymannes an.

Der Mensch als Apportierhund. Die Wiener „Neue Revue“ (Herausgabe H. Osten und Dr. Wengraf) schreibt in ihrem dieswöchentlichen Heft: „Eine Jagd mit einer neuartigen Rasse von Jagdhunden wurde vor Kurzem in Bosnien veranstaltet. Ein Jagdliebhaber, der einen Jagdflug nach Neuösterreich unternommen hatte, en-

zu sehen. Umso erstaunter ist Irene, als Frau March Anstalten macht, sich neben ihr häuslich niederzulassen. Die alte Dame öffnet ihren Strickbeutel, setzt sich die Brille auf und beginnt, mit zusammengezogenen Brauen eifrig zu stricken.

Da Frau March nichts sagt, nimmt Irene ihr Buch wieder auf.

Doch mit dem Lesen will es nicht recht gehen. Der Gedanke quält sie, daß sie ihren gütigen Wohltätern noch nie etwas aus ihrer Vergangenheit erzählt hat. . . Und warum fragt man sie nicht danach? Glaubt man, sie habe etwas zu verbergen?

Tiefes Roth färbt ihre Wangen. Zwar wird Fräulein Lincoln nicht damit einverstanden sein, daß sie aus der Schule weggelaufen und gar in Conflict mit der Polizei gerathen ist. Aber Dr. Donald, dieser gute, großherzige Freund, er wird ein Wort der Entschuldigung für sie finden. . . . Vielleicht wird er sie gar noch viel lieber haben, wenn er weiß, daß sie von guter Herkunft und nur das Opfer grausamer Verfolgungen ist!

Sie grübelt und grübelt, während sie mechanisch die Seiten des Buches umblättert. . . .

„Ich habe sie an die frische Luft geschickt,“ läßt sich plötzlich Frau March's energische Stimme vernehmen.

Irene erwacht wie aus einem Traum.

„Wen?“ fragt sie erklaut.

„Wen? Nun, Fräulein Ruth und Herrn Ralph.“

Irene blickte nach dem Fenster, durch welches die Sonne hell und froh hereinkam und äußert mechanisch ihre Freude über das schöne Wetter.

„Ja. Aber er hätte wie immer, trotz des schönen Wetters, hier im Zimmer gesessen, als ob es Fröliche

gaarte, da er der strengen Kälte wegen seinen werthvollen Vorstehhund zu Apportieren nicht verwenden wollte, eine sich ihm anbietenden Bosniaken, der denn auch tatsächlich die geschossenen Ganten stink aus dem eisfalten Wasser holte. Wie einer Schilderung dieser interessanten Jagd in Hugo's „Jagdzeitung“ zu entnehmen ist, entledigt sich der Apporteur, obgleich er nur über zwei Beine verfügte, seiner Aufgabe in durchaus zufriedenstellender Weise, so daß eigentlich zwischen seiner und der Leistung eines geborenen Hundes kein Unterschied war. In dem Berichte des Jägers, der für seine werthvollen Vorstehhund mit vier Beinen eine so rührende Sympathie bekundete, daß er sogar für einen menschlichen Ertrag Sorge trug, heißt es unter Anderem: „Und nun ging es flott. Jede Ente, welche nicht etwa bloß geflügelt war, bracht: der Bosniak, oft bis an die Brust im Wasser (— 4 Grad Celsius) waten, heraus, schüttelte die Beine, damit das Wasser bei den Opansen herausfließt und marschierte mit uns lustig weiter. Selbst im Einfall am Abend blieb er, obwohl die Kleider steif gefroren waren, und erbot sich von Zeit zu Zeit nur einen Schluck Schnaps.“ Die Jagdtheilnehmer brachten Alles in Allem 30 Stockenten nach Hause, ein Drittel der geschossenen Thiere blieb aber im Wasser, weil — so erzählte der Jäger entscheidend — „ja doch nicht alle Beforderer Abends, von unserm unwilligen Apporteur gefunden werden konnten.“ — Obgleich die Betätigung des Menschen in der Sphäre häuslicher Dienstleistungen im Allgemeinen auf Heubheit nicht Anspruch erheben darf, so muß bemerkt werden, daß der Hundebetrieb von Menschen doch mehr im häuslichen Sinne ausgiebig wurde. Die Heranziehung eines unserer neugewonnenen bosnischen Väter zum ganz direkten Apportieren von Wildenten bedeutet einen Schritt nach vorwärts auf der segensreichen Bahn der Kultur und Gesittung, die Oesterreich bekanntlich nach Osten trägt. — Wir fürchten, daß unsere adeligen Minirode, wenn sie von der neuen Jagdmethode hören, ebenfalls ihre werthvollen Hunde schonen und aus den Schulen die Kinder ihrer Höbrigen zum Apportierdienst requiriren werden.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Redaktion: Berlin NW, Marienstraße 13; Expedition: Berlin N, Braumenstr. 103) haben schon das erste Heft ihres vierten Jahrgangs erscheinen lassen. Dasselbe enthält eine kritische Besprechung des neuesten Attentats auf die Freiheit der Wissenschaft in Preußen, der bekannte Lex Arons. Ein besonderes Interesse dürfte ferne gerade jetzt eine Studie über Maurice Maeterlinck erregen. Der reichhaltige Inhalt des elegant ausgestatteten Heftes ist insgesammt der folgende: Paul Kampffmeyer: Die Arbeiterklasse und der preussische Landbau. — Dr. H. Lenz: Technik und soziales Leben. — Dr. Leon Winicki: Die mathematische Methode in der Soziologie und politische Defonomie. — Giovanni Verba: Pessimismus und Stoicismus. — Michael Votkin: Alexander Herzen. — Dr. Ed Erdmann: Die Bedeutung der Privatbozenten. — Ma Claassen: Heftige Kunst. — Hermann Thurov: Collectivistische Pfadfinder. — Elie Mecluz: Der Hungernde. — Mundschau: Wissenschaft. — Kunst. — Das Heft enthält außerdem ein charakteristisches Wort von Alexander Herzen. — Die „Sozialistischen Monatshefte“ kosten pro Quartal 1,50 Mk., Einzelheft 50 Pfg. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteurs und Postanstalten (Post-Zeitungs-Catalog Nr. 6858).

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 20. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein wenig Wahlpolitik. Pädagogischer Reformliteratur. Von Gustav Schönfeldt. II. — Die Stellung der Privatbozenten und die Lex Arons. Von Dr. Bruno Vorwardt. — Die soziale Frage auf der französischen Bühne. Von Dr. Felicie Nossig Prochnik. — Des Lebenshaltung des großstädtischen Arbeiter. Aus den Akten des Hauspflegevereins Frankfurt a. M. Dargestellt von Henriette Jürich. — Vorträge: Alerqualifikation von Verbrechern. Von H. Herzen. — Feuilleton: Mein erster Erfolg. Aus dem Kleinrussischen von Djona Bicholka. Uebersetzt von Vladimir Czumilow. (Schluß.)

regnete,“ karrt Frau March. „'s ist das erste Mal, daß ich ihn an seine Pflicht erinnern muß. Vor vier Wochen hält' er's noch selbst gewußt.“

Fragend blickt Irene die alte Dame an.

„Sie haben wohl auch noch nichts bemerkt, gerade so wenig wie er?“ ruft diese erboft.

„Was bemerkt?“

„Daß mein Nagapfel, mein Herzblättchen, meine Ruth, immer stiller wird, immer ernster und immer sanfter. Sie haben natürlich auch nicht bemerkt, daß sie nicht mehr wie früher am Fenster steht, um ihren Bräutigam zu erwarten, daß sie das Zimmer verläßt, wenn er da ist, daß sie in ihrem Wesen altjüngferlich und pedantisch wird. Mein armes, altes Herz hat sich herumgedreht vor Weh, als ich sah, wie die beiden im Pommerwagen davon fuhrren. Anstatt daß sie sich bei den Händen faßten und glücklich anlachten, guckte er hier herauf nach dem Fenster, und sie sah vor sich hin in den Schooß, als ob es gar keine Brautleute auf der Welt gäbe!“

Irene ist sehr bleich geworden.

„Aber — die Beiden — lieben sich doch?“ fragt sie stotternd. „Was hat es gegeben?“

„Was es gegeben hat?“ wiederholt die alte Dame, indem sie mit einem Ruck ihr Strickzeug auf den Stuhl legt. „Sind Sie wirklich so unschuldig oder stellen Sie sich nur so? Ich will das Erstere annehmen, und dann ist es meine Pflicht, Sie aufzuklären. Sie wollen wissen, was es gegeben hat, nicht wahr?“

Angstvoll nickt Irene mit dem Kopf.

„Er liebt nicht mehr Ruth, sondern Sie. Das hat es gegeben.“

(Fortsetzung folgt.)